



Landesverwaltungsamt

Antragszahlen und Investitionssummen steigen: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt verzeichnet Rekordwachstum bei Genehmigungsverfahren

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Genehmigungsverfahren im Bereich industrieller Ansiedlungen signifikant gestiegen. Diese sind unter anderem auf die Gas- und Energiepreiskrise zurückzuführen. Als zuständige Behörde für die Genehmigung von großen Industrieanlagen im Rahmen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) verzeichnet das Amt eine gesteigerte Aktivität in verschiedenen Industriezweigen, darunter die Chemie-, Metall-, Nahrungsmittel-, Energieerzeugungs- und Tierhaltungsindustrie sowie Abfallbehandlungsanlagen.

Während im Jahr 2022 insgesamt **49 Genehmigungsanträge** zu prüfen waren, erhöhte sich diese Zahl im Jahr 2023 auf **83**. Proportional zu den gestiegenen Antragszahlen steigen die entsprechenden Investitionssummen. Insgesamt betreut das Landesverwaltungsamt **1376 Anlagen** in Sachsen-Anhalt. Insgesamt wurden von den Unternehmen in diesem Bereich **700 Mio. Euro investiert**.

„Der Anstieg der Genehmigungsanträge im Zusammenhang mit der Gasmangellage im Jahr 2022 und der darauffolgenden Energiepreiskrise verdeutlicht die Notwendigkeit von technischen Umgestaltungen in verschiedenen Industriezweigen. Insbesondere die Chemieindustrie hat verstärkt Anträge für Änderungsgenehmigungsverfahren eingereicht, um ihren Energieverbrauch zu reduzieren.“, so Behördenchef Thomas Pleye.

Die Gasmangellage im Jahr 2022 zwang zahlreiche Unternehmen in Sachsen-Anhalt dazu, ihre Anlagen auf alternative Energiequellen wie Flüssigerdgas (LNG), Flüssiggas aus Erdöl (LPG) oder Heizöl umzurüsten. Gleichzeitig wurde mit Hochdruck an der Schaffung eines leistungsfähigen LNG-Netzwerks gearbeitet, das zukünftig auch den Einsatz nachhaltiger grüner Brennstoffe wie Biogas ermöglichen soll.

Ab Mitte 2023 verzeichnete das Landesverwaltungsamt einen starken Anstieg der Antragszahlen, insbesondere in der Chemieindustrie, wo Unternehmen bemüht waren, ihren Energieverbrauch schnell zu reduzieren. Die daraus resultierende Energiepreiskrise erforderte technische Umgestaltungen, die in der Regel ein Änderungsgenehmigungsverfahren nach sich ziehen. Für viele Unternehmen steht dies im direkten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit ihrer Geschäftsmodelle.

Auch im Rahmen des Kohleausstiegs und der Energiewende waren im vergangenen Jahr starke Zuwächse bei der Genehmigung von Wasserstoffelektrolyseuren zu verzeichnen. Die Investitionssumme solcher Anlagen kann mittlerweile mehrere Milliarden Euro erreichen. Biogasanlagenbetreiber investieren ebenfalls in Erweiterungsmaßnahmen, um den steigenden Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden.

Landesverwaltungsamt
Pressestelle
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)
Tel: +49 345 514 1244
Fax: +49 345 514 1477

Mail: pressestelle@lvwa.sachsen-anhalt.de